

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönfahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.
Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 31

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

Halver
Freitag, den 6. Februar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Antwort auf die letzten Vorschläge Frankreichs zu den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wurde in Paris überreicht.

* Reichsfinanzminister v. Schlieffen gab vor der Finanzministerkonferenz der Länder eingehende Darlegungen über den zukünftigen Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern.

* Im Verfahren gegen den Landgerichtsdirektor Kroner wegen Beleidigung der Richter im Magdeburger Ebert-Prozess wurde Kroner zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt.

* Der amerikanische Staatssekretär Hughes erklärte offiziell, daß die Vereinigten Staaten sich an irgendwelchen „Sanktionen“ gegen Deutschland nicht beteiligen werden.

* Das amerikanische Repräsentantenhaus hat den Antrag angenommen, der von dem Präsidenten Coolidge die Einberufung einer Entwaffnungskonferenz fordert.

Nun aber Schluß!

So wie es bisher ging, darf es nicht weitergehen. Denn die politische Atmosphäre ist derartig gespannt, daß allmählich alles anfängt, die Nerven zu verlieren.

Holzmann, Kuttler, Barmat waren es, deren Bloßstellung zuerst diese Spannung in die Atmosphäre hineinbrachte, die sich trotz des letzten Wahlschlusses schon zu beruhigen angefangen hatte. Dann aber ging's Schlag auf Schlag. Minister und Parlamentarier, Banken und Versicherungsgesellschaften, Unternehmungen jeder Art tauchten auf in Verbindung mit den Barmatschen und den Postkrediten. Das Thema Politik und Geschäft schien unaufhörlich variiert zu sein; Blase auf Blase stieg in dem Sumpf empor und platzte unter bösem Geruch. Was ist Wahrheit, was Dichtung?

Gewiß ist es richtig, daß erbarmungslos hineinleuchtet wird in dieses dunkle Treiben, aber die Art und Weise, wie es geschieht, wird nachgerade unerträglich. Jeder glaubt etwas zu wissen, was zu jenem Thema gehört, und gibt es sofort der Öffentlichkeit preis, wobei der Unterschied zwischen Wahrheit und Dichtung wohl weniger absehbar als unabsichtlich unbeachtet bleibt. Wir haben in Deutschland geradezu eine Barmat-Wirtschaft.

Nach zwei Richtungen hin ist das gefährlich. Deutschland wird in den Augen des Auslandes nicht gerade gewinnen, wenn es seine schmutzige Wäsche in einer derartig breiten Öffentlichkeit reinigt. Irgendein Pharisäerhochmut etwa Frankreichs oder sonstiger Staaten wäre ja natürlich nur eine objektive Lächerlichkeit im Hinblick auf die Standale, die dort unter der Firma Kriegsverheerungen und Geschäft nicht minder übel zum Himmel stanken. Aber auch nach innen wirkt diese Psychose nicht minder verwüstend. Die gegenseitigen Beschuldigungen unterliegen von Tag zu Tag mehr der politischen Ausnutzung von allen Seiten, gleichgültig, ob es sich um die Postkreditgelder oder die Ruhrkredite handelt. Im Reichstag redet man überhaupt nur noch von Barmat auf der einen, von schwerindustriellen Bediensteten auf der andern Seite. Am Mittwoch begann dort auch der Untersuchungsausschuß seine Tagungen, die der preussische Untersuchungsausschuß ja schon recht zahlreich abgehalten hat.

Man kann über parlamentarische Untersuchungsausschüsse ja seine eigenen Ansichten haben, namentlich über deutsche Untersuchungsausschüsse, einfach aus dem Grunde, weil der Deutsche nun einmal alles politisch-westfälisch betrachtet, zumal wenn er im Hauptberuf Politiker ist. Das soll kein Vorwurf sein. Aber für jeden, der nicht in dieser überhitzten politischen Atmosphäre drinsteckt, mag es doch sehr zweifelhaft erscheinen, ob diese Mitglieder der Untersuchungsausschüsse wirklich das Maß von Objektivität aufbringen, das man an einen Richter anlegen soll. Nun sind sie allerdings keine Richter, sondern haben nur die Aufgabe, festzustellen, was geschehen ist. Da sich aber auch im Untersuchungsausschuß die politischen Interessen vielleicht noch schroffer entgegenstehen als im Parlament selbst, da außerdem dort so mancher sitzt, dem vielleicht das Nachspüren moderner Schiebermethoden kaum möglich sein wird, wird man wohl annehmen können, daß man in den Untersuchungsausschüssen subjektiv das Beste leistet. Ob es aber objektiv das Beste ist, daran darf man nach den Erfahrungen, die man mit den früheren Untersuchungsausschüssen gemacht hat, doch noch einige Zweifel hegen.

Aber außerdem läuft ja noch ein Verfahren vor dem Staatsanwalt, ein Verfahren, das nun wirklich den Vorzug hat, objektiv zu sein. Mag man politisch stehen, wie man will, mag man manches Urteil mancher deutscher Richter als Fehlurteil, als politisch voreingenommen bezeichnen —, trotz alledem ist die Ansicht der großen Mehrzahl des deutschen Volkes immer noch die, daß die Staatsanwaltschaft die objektivste Behörde im Reiche ist. Der Staatsanwalt braucht keine Rücksicht zu nehmen auf Parteiinteressen und Parteigenossen, aber er kann auch den beim Kragen kriegen, der ihm mit vagen Beschuldigungen kommt. Natürlich ist das Nachspüren gerade jener Pfade sehr schwierig, die alle diese unerfreulichen in den letzten Jahren bei uns aufgetauchten Existenzen eingeschlagen haben. Aber das, was bisher geleistet worden ist, ist doch außerordentlich viel.

Selbst wer also ein politisches Interesse an den Affären nimmt und mit Überreifer mithelfen will, den Sumpf auszutrocknen, schädigt sein Vorhaben selbst, wenn nun der Berg der Vorwürfe und Anklagen sich immer höher erhebt. Ganz politisch, ganz im Interesse irgendeiner Partei soll man dieses Streben aber auch nicht ansehen. Es steckt ein gut Teil Reaktion in diesem Drängen und Treiben, eine Reaktion nämlich gegen die Methoden amerikanischer Politik, die in Tammany-Hall, jener bekannten New Yorker Korruptionszentrale, ihren besonderen Ausdruck fand. Deutschland ist noch nicht reif für eine

Steuerwirtschaft des Reiches.

Finanzausgleich für die Länder.

Berlin, 4. Februar.

Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers v. Schlieffen traten heute die Finanzminister der Länder zu einer Konferenz im Reichsfinanzministerium zusammen. Herr v. Schlieffen bezeichnete gleich zu Anfang der Sitzung als ihren Zweck, Übereinstimmung zu erzielen über den künftigen Finanzausgleich und damit über die Grundlagen, auf denen Reich, Länder und Gemeinden ihre Finanzwirtschaft nicht nur im nächsten Haushaltsjahr, sondern auf lange Zeit hinaus aufbauen können.

Der Minister führte weiter aus, im vorigen Jahr hätte sich bei ähnlichen Erörterungen noch keinerlei Übersicht gewinnen lassen. Die Zeit vor dem Krieg war damals die einzige Schätzungsgrundlage. Daher waren es verhältnismäßig grobe Maßstäbe, nach denen die Anteilsverhältnisse des Reichs, der Länder und der Gemeinden an dem Steueraufkommen bestimmt wurden. Nachdem seit dem Inkrafttreten der Dritten Steuernotverordnung ein Jahr verflossen ist, nachdem wir damit rechnen können, daß Reich, Länder und Gemeinden trotz hoher außerordentlicher Anspannungen und Leistungen das laufende Rechnungsjahr im großen und ganzen ohne Fehlbetrag, vielfach mit Überschuf werden abschließen können, glaube ich feststellen zu dürfen, daß die in der Dritten Steuernotverordnung getroffene Regelung des Finanzausgleichs die damit verfolgten Zwecke in vollem Umfange erfüllt hat. Das ablaufende Rechnungsjahr, trotzdem es ein Übergangsjahr ist, gibt doch ausreichende Anhaltspunkte, um danach den Finanzausgleich zu gestalten. In politischer Hinsicht ist die seit dem Ruhereinbruch unterbrochene Einheit des Reichsgebietes wiederhergestellt, dadurch hat uns das Londoner Abkommen für die nächsten

Verquickung von Politik und Geschäft, die auf Kosten der Steuerzahler erfolgt.

Also etwas mehr Bestimmung auf diesen eigentlichen Kern der ganzen überhitzten Affäre. Windthorst, der bekannte Führer der Zentrumsparlei, hat einmal ein Fraktionsmitglied, das einem Freund zur geschäftlichen Ausnutzung von dem Ausfall einer Abstimmung im damaligen Reichstag über schnell Mitteilung machte, dazu gezwungen, sich bei der nächsten Wahl nicht mehr als Kandidat aufstellen zu lassen. Das ist vorbildlich, und wenn die Erledigung aller dieser Affären des Augenblicks dazu führt, daß unseren Politikern das Gewissen wieder geschärft wird, ganz gleichgültig, welcher Partei sie angehören, dann haben wir einen solchen Gewinn doch nicht zu teuer erkauft.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Wermelskirchen wird frei.

Am 7. Februar um die Mittagszeit wird Wermelskirchen von den englischen Truppen endgültig geräumt, nachdem es seit 1918 besetzt gewesen ist. Die Eisenbahnkontrollposten in Wermelskirchen, Gräfrath, Ohligs, Engelskirchen und Schaberg werden zurückgezogen. Die Besatzung in Ohligs wird stark vermindert; nur eine Verkehrsüberwachungsstelle wird bleiben, die auch in Zukunft den Paß- und Güterverkehr weiter überwachen wird.

Zahlungsmodus für Vierteljahrsgehälter.

Die Beamtenspitzenorganisationen haben bekanntlich im Reichsfinanzministerium den Wunsch der Beamenschaft auf Wiedereinführung der Vierteljahrsgehälter vorgetragen. Der Vertreter des Reichsfinanzministers erklärte, daß gegen diesen Zahlungsmodus noch bei einigen Ländern und bei der Mehrzahl der Gemeinden Schwierigkeiten beständen; sie haben die Befürchtung ausgesprochen, daß sie die dann notwendig werdenden Zahlungsmittel nicht aufbringen könnten. Die Regierung wolle jedoch die Vierteljahrszahlungen eventuell so regeln, daß immer ein Drittel der Beamenschaft in den Genuß der Dreimonatszahlungen komme. Neue Verhandlungen über diese Angelegenheit werden in Kürze stattfinden.

Frankreich.

× Noch einmal die Gesandtschaft beim Vatikan. Die französische Kammer hat sich noch einmal mit der Gesandtschaft beim Vatikan beschäftigt. Es handelte sich um die Feststellung, daß mit den von der Regierung geforderten 58 000 Franc für den Vertreter des elsässischen Konföderats kein Fortbestehen der Gesandtschaft gemeint sei. Ministerpräsident Herriot bezeichnete diese Konföderatsmission in Rom als Provisorium. Die elsass-lothringische Mission beim Vatikan wurde darauf mit 317 gegen 246 Stimmen angenommen.

Nordamerika.

× Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag. Nach einer Washingtoner Meldung beschloß der Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten einstimmig, dem Plenum die Ratifikation des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages zu empfehlen. Mit Bezug auf die untrittenen Schiffsverkehrs-klauseln wird der Vorbehalt gemacht, daß diese Klauseln zunächst nur für die Dauer eines Jahres in Kraft treten

aufzubringenden Reparationslasten verschafft. In wirtschaftlicher Hinsicht bestehen zweifellos noch große Ungewissheiten fort. Das Fortbestehen dieser Ungewissheiten auf wirtschaftlichem Gebiet aber kann und darf uns von dem Ziele nicht abhalten, den Finanzausgleich so zu gestalten, daß Reich, Länder und Gemeinden sich für längere Zeit darauf einstellen können. Auf die Dauer bestimmt oder endgültig soll der zu schaffende Finanzausgleich nicht etwa in dem Sinne sein, daß er Reich, Ländern und Gemeinden Einnahmen zur Verfügung stellt, die zur Befriedigung aller wünschenswerten Bedürfnisse hinreichen, sondern er soll lediglich die Beteiligungsverhältnisse an dem Steueraufkommen so bemessen, wie es der Aufgabenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden entspricht.

Für die Verteilung der Steuern

schlägt der Minister vor, daß Reich an der Einkommen- und der Körperschaftsteuer mit einem Drittel, an der Umsatzsteuer mit 70% zu beteiligen und den Rest Ländern und Gemeinden zu überweisen. Die Umsatzsteuer bezeichnet Herr v. Schlieffen bei dieser Gelegenheit als in einer kapitalarmen Wirtschaft wie der deutschen noch auf lange Zeit unentbehrlich; sie werde die Stellung, die sie im Etat einnehme, behaupten. Das Zuschlagsrecht der Länder und Gemeinden zur Einkommen- und zur Körperschaftsteuer sei begründet darin, daß nur die volle Beherrschung der Einnahmewirtschaft jenes Verantwortungsbewußtsein begründe, das die Voraussetzung für das Anstreben höchstmöglicher Wirtschaftlichkeit wäre. Deshalb tritt Herr v. Schlieffen persönlich für das Zuschlagsrecht ein; das neue Kabinett habe sich mit der Frage noch nicht befaßt. Der Reichsfinanzminister verschloß sich der Einsicht nicht, daß dieses Zuschlagsrecht nicht mehr die Bedeutung haben könne, die ihm vor dem Kriege zukam, da die Reichsstarife

schon unter dem Weltkrieg

soßen mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen. Das Plenum des Senats wird sofort die Beratungen über den Vertrag aufnehmen. Es wird ein zustimmender Beschluß im Sinne der Vorschläge des Ausschusses erwartet.

× Entwaffnungskonferenz. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat mit geringfügigen Änderungen den Zusatzantrag des Senats zum amerikanischen Marineetat angenommen, in dem Präsident Coolidge aufgefordert wird, unverzüglich eine neue Abrüstungskonferenz einzuberufen. Nach dieser Bestätigung des Senatsbeschlusses ist anzunehmen, daß die Einladung zu einer neuen Abrüstungskonferenz unmittelbar nach der Amtsübernahme durch den neuen Staatssekretär Kellogg bereits im März erfolgen wird.

Aus In- und Ausland.

München. Die Abteilung München des Reichspostministeriums erklärt, daß die Pressemeldungen über eine beabsichtigte Abtrennung der Postabteilung der Pfalz von der Abteilung München völlig aus der Luft gegriffen sind.

Strasbourg i. E. Nach der Statistik vom 1. Februar haben zurzeit rund 72 000 Reichsdeutsche, meistens Arbeiter, Aufenthalt in Elsaß-Lothringen genommen. Am zahlreichsten sind die Zuwanderungen aus der bayerischen Pfalz und dem Rheinland.

Paris. Die Blätter berichten, daß der hiesige türkische Botschafter den ihm vom Direktor der politischen Abteilung übermittelten Vorschlag der französischen Regierung, den türkisch-griechischen Konflikt dem Völkerbund zu überweisen, abgelehnt habe.

Newyork. Das Weiße Haus hat eine Vorlage angenommen, nach der Präsident Coolidge erucht wird, eine Entwaffnungskonferenz einzuberufen. Der Zeitpunkt bleibt dem Präsidenten überlassen.

Deutscher Reichstag.

(14. Sitzung.) CB. Berlin 4. Februar.

Das Abkommen mit Polen über die Benutzung der Bau-schienen im Dorje Kurzbrack im Kreise Marienwerder wurde in 1. und 2. Lesung angenommen. Der deutsche Abg. Schulz-Bromberg kündigte dabei für die 3. Lesung scharfe Beschwerden gegen die Polen an. Die Verhältnisse in den Grenzbezirken bedürften der Besserung. Die polnische Grenzbesatzung ginge in unerhörtester Weise gegen die friedliche deutsche Bevölkerung vor. Dieses Abkommen sei das Schlußglied einer Kette von vertragswidrigen Festsetzungen der Reichsgrenze, in dem, entgegen einem feierlichen Abkommen, Dispreußen der freie Zugang zur Weichsel genommen werde. — Dann wurde die zweite Lesung des Reichshaushalts fortgesetzt beim

Reichsarbeitsministerium.

Verbunden damit wurden zahlreiche Anträge über die Arbeitszeit. Als erster Redner bemängelte dabei der demokratische Abg. Schneider-Berlin die viele überflüssige Schreibarbeit, die in den Ministerien geleistet würde. Der Redner verlangte dann u. a. eine Fertigstellung der Arbeitslosenversicherung und erklärte für ebenso dringend notwendig eine Reform in der Angelegenheit und Unfallversicherung. Auf Antrag der Parteien wurden dann noch etwa 50 Interpellationen und Anträge, die Arbeitsfragen betreffen, mit zur Verhandlung gestellt.

Abg. Drewitz (Wirtsch. Bgg.) schilderte die schwere wirtschaftliche Notlage des Mittelstandes und forderte nachdrücklich Hilfe für Gewerbe und Handwerk.

Abg. Schwarzer (Bayer. Bp.) dankte der Regierung für ihre sozialpolitischen Erklärungen im Ausschuß. Dadurch sei die Befürchtung eines Rückwärtsrucks in der Sozialpolitik beseitigt worden. Auch das Verbleiben des Arbeitsministers auf seinem Posten sei eine Gewähr für eine verständige Fortentwicklung der sozialen Interessen.

Der Abg. Stöhr (Nationalsoz.) nannte das Bekenntnis des Abg. Schneider zum Manchesterprinzip des freien Handels als einen bedauerlichen Rückschritt. Das Beharren dabei hätte zum guten Teil die heutigen unerfreulichen Zustände geschaffen. Das Mißtrauen müsse aus der Arbeiterkassette wieder herausgebracht werden, wenn Deutschland wirtschaftlich und sozial wieder vorwärts kommen solle.

Nach einigen weiteren Darlegungen verabschiedete sich der Reichstag.

Deutschrift über Ruhrkredite.

Berlin, 4. Februar.

Die Deutschrift der Reichsregierung in der Frage der Ersatzleistung für die unter dem Micumsystem von der Industrie ausgeführten Reparationsleistungen wird voraussichtlich am Freitag dem Reichstage zugeleitet werden. Über den Inhalt dieser Deutschrift, in der die Ansichten der Regierung zu den Vorwürfen sowohl über die Verteilung des Budgetrechts des Reichstages wie über die Höhe und Verteilung der geleisteten Summen zum Ausdruck kommen, wird bereits einiges bekannt. Es dürfte in seinen Grundzügen mit dem Text der Deutschrift übereinstimmen.

Zunächst wird festgestellt, daß nicht etwa zwischen dem 20. Dezember und jetzt ein Betrag von 645 bzw. 715 Millionen ausgezahlt worden ist, sondern diese Zahlungen erstreckten sich in der Hauptsache über mehr als ein Jahr zurück. Es sind nicht Pauschalzahlungen an die Großindustrie gegeben worden. Die Interessen der kleineren Geschädigten seien nicht übergegangen worden, wenn auch vielleicht in der Form geschützt worden sei. Die Zuwendungen an die Industrie sind nicht selbstständig und unabhängig vom Kabinett oder den beteiligten Ministerien, sondern im Zusammenwirken mit den langer Hand dafür geschaffenen Aufsichtsstellen, Behörden und Sachverständigen festgesetzt worden. Es handelte sich nicht um eine neue Maßnahme, nicht um Bevorzugung gegenüber anderen und älteren Forderungen, sondern um einen Teil der Reparationsverpflichtungen, die genau wie andere berücksichtigt werden mußten.

Beschlüsse der Gewerkschaften.

Die Entschädigungsleistungen des Reiches an die Ruhrindustrie haben dem Gewerkschaftsverband der Arbeiter Deutschlands Anlaß zu einer Veröffentlichung gegeben, in der nach einer Darstellung der Lohnpolitik seit 1923 erklärt wird, daß die Zahlung an die Industrie eine einseitige Bevorzugung der Arbeitgeber auf Kosten der Arbeitnehmer sei. Die Erklärung verlangt, daß auch die Arbeitnehmer nicht unberücksichtigt bleiben.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund, die beiden freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, haben ein Schreiben an den Deutschen Reichstag gerichtet, in dem sie von den Parteien des Reichstages eingehende Untersuchung der Vorgänge bei den Ruhrkrediten und unter Mitwirkung der Gewerkschaften eine Regelung fordern, die der sozialen Gerechtigkeit entspricht.

Nachspiel zum Ebert-Prozeß.

Landgerichtsdirektor Kroner zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Landgerichtsdirektor Kroner, der seine Angriffe gegen die Richter im Magdeburger Ebert-Prozeß veröffentlicht hatte, wurde vom erweiterten Schöffengericht Berlin zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Nichtbetreibungsfalle tritt für 60 Mark Strafe ein Tag Gefängnis ein.

Als gerichtliches Nachspiel der an dem Magdeburger Urteil zahlreich geübten Kritik begann heute vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte in Moabit der Prozeß gegen den Berliner Landgerichtsdirektor Wilhelm Kroner wegen Verleumdung der im Magdeburger Reichspräsidentenprozeß tätigen Richter, des Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Weversdorff und des Beisitzers Landgerichtsrat Schulze. Die Anklage gegen Kroner stützt sich auf dessen am 24. Dezember vorigen Jahres unmittelbar im Anschluß an den Magdeburger Prozeß in der Vossischen Zeitung erschienenen Artikel „Die Urteilsgründe“. In diesem Artikel unterzog Landgerichtsdirektor Kroner das Magdeburger Urteil einer sehr scharfen Kritik und betonte u. a., „das ist, es muß gesagt werden, eine jammervolle, schamlose, feige, verächtliche Konfusion gegenüber dem Träger der Würde Deutschlands“. Nach vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung hat der Verteidiger Kroners, Rechtsanwalt Landsberg, um das Wort zu einem An-

trag, den der Vorsitzende, wie der Anwalt betonte, schon vorher abgelehnt habe, den die Verteidigung aber erneut stellen müsse. Der Antrag lautete auf Vertagung der Verhandlung gegen Kroner bis nach Abschluß des Magdeburger Prozesses in zweiter Instanz. Später stellte der Verteidiger noch den Antrag, den Vorsitzenden Amtsgerichtsrat wegen Befangenheit abzulehnen, da er im Gespräch geäußert habe, die Verurteilung Kroners zu mehreren Monaten Gefängnis sei sicher. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Kroners Vernehmung.

Landgerichtsdirektor Kroner erklärte bei seiner Vernehmung, daß er noch heute zu allen seinen Äußerungen stehe. „Bestände dieses Urteil zu Recht“, so sagte Kroner, „so muß jeden ehrlichen Deutschen das Gefühl brennender Scham, Trauer und Empörung überkommen, wenn es möglich sein soll, daß zwei deutsche Parlamente einen Mann an die Spitze des Reiches bringen, dem mit Recht das schimpflichste Verbrechen, das ein Deutscher als solcher begehen kann, vorgeworfen werden kann. Das ist feige und verächtlich. Für mich sind das eben die Vertreter eines Systems und leider Gottes die Vertreter des Gros der heutigen preussischen und deutschen Richterschaft.“

Generalsstaatsanwalt Lindow

sagte in seinem Plädoyer u. a. wörtlich: Ich gebe zu, daß die Kritik Kroners an dem Magdeburger Urteil zum großen Teil berechtigt und durchaus beachtenswert ist. Doch möchte ich in diesem Zusammenhange fragen, ob Herr Kroner, wenn er etwa in England einen solchen Artikel am Weihnachts- tage geschrieben hätte, zu Neujahr sich noch auf freiem Fuße befinden würde. Kritik ist durchaus nötig, aber sie darf nicht beleidigend werden. Er ist wegen formaler Beleidigung zu verurteilen. Mit erhobener Stimme fährt der Generalsstaatsanwalt fort: Es sind recht viele hohe Beamte der Republik in letzter Zeit beleidigt worden, ohne daß von den Gerichten auf das Höchstmaß der Strafe erkannt worden wäre. Dies wird man hier nicht außer acht lassen dürfen. Es kommt, dies möchte ich betonen, lediglich eine Geldstrafe in Betracht. Diese Geldstrafe darf nicht gering ausfallen, aber sie soll auch nicht einen vermögenslosen Beamten, wie Herr Kroner, vernichten. Ich beantrage also gegen den Herrn Angeklagten 1000 Mark Geldstrafe.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Dr. Stresemann über Deutschlands Handelspolitik.

Staatssekretär Trendelenburg ist von Berlin nach Paris zurückgekehrt, und die deutsche Delegation wird nun wohl die unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich wieder aufnehmen. Der Staatssekretär hat für den französischen Handelsminister Raynaud die deutsche Antwort auf die französische Note vom 28. Januar d. J. mitgebracht. Es heißt, daß auf Grund dieser Antwort ein Kompromiß zur Herbeiführung eines Vertragsabschlusses gesucht werden wird.

Inzwischen hat im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages der Außenminister Dr. Stresemann sich in vertraulicher Rede über die außenpolitischen Gesichtspunkte, die bei den abgeschlossenen oder jetzt noch schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien, England, Österreich-Schweden, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Rußland und Polen maßgebend waren, geäußert. Reichswirtschaftsminister Neuhaus ging dann in längeren Ausführungen auf die wirtschaftlichen Hintergründe dieser Verhandlungen ein und teilte dem Ausschuss dabei seine grundsätzliche Einstellung für Handelspolitik mit.

Amerika will keine „Sanktionen“.

Der Senat der Vereinigten Staaten wurde von der Regierung der Text des Pariser Finanzabkommens nebst einer längeren Erklärung des Staatssekretärs Hughes vorgelegt. Hughes stellt darin nochmals fest, daß das Abkommen sich ausschließlich auf die Zahlungsverteilung bezieht und somit Amerika weder moralisch noch gesetzlich irgendwelche Verpflichtungen auferlegt. Insbesondere habe sich die amerikanische Regierung nicht verpflichtet, sich an Sanktionen zu beteiligen, falls Deutschland seinen Zahlungen nicht nachkomme.

Julius Barmats Werdegang.

Der Abgeordnete Heilmann enthüllt.

s. Berlin, 4. Februar.

Nun weiß man endlich etwas Näheres über Julius Barmats Leben und Taten, die bisher in einem mythischen Schleier gehüllt waren. Der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann hat als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages den inter-

essanten Mann, mit dem er seit Jahren befreundet ist, so geschildert, wie er ihn sieht. Als Zwanzigjähriger kam Barmat aus Rußland nach Holland, war dort als Dolmetscher tätig, handelte bis zum Ausbruch des Krieges mit Tulpenzwiebeln, Lebensmitteln und Klavieren, betriebes sich, als er zu Geld gekommen war, an der Gründung eines holländischen Sozialistenblattes, trat dadurch auch den deutschen Sozialisten näher und mischte sich schließlich ein wenig auch in die höhere Politik ein, indem er „durch gute Beziehungen“ den Deutschen annehmbare Friedensbedingungen verschaffen wollte. Auf der deutschen Gesandtschaft in Amsterdam sei Barmat durchaus nicht so schlecht behandelt worden, wie es sich aus den Aussagen anderer Zeugen zu ergeben scheint, man habe ihn wiederholt Pässe ausgestellt und es habe ihm auch nicht an guten Empfehlungen einflussreicher Persönlichkeiten gefehlt.

Wie Barmat zu Ebert kam.

Da Barmat, wie schon angedeutet wurde, vorgab, daß er Einfluß auf die Versailler Friedensverhandlungen gewinnen könnte, sei er eines Tages dem Reichspräsidenten vorgestellt und von diesem zum Abendessen eingeladen worden. Darauf hätten sich die Beziehungen der Barmat-Brüder zum Reichspräsidenten beschränkt. Später habe Julius Barmat dem Sohne Eberts, der sich in seiner Stellung nicht befähigt fühlte und der auf eigene Faust an ihn herangeraten war, eine Buchhalterstelle bei der Bremer Privatbank verschafft. Die Stellung sei mit einem Monatsgehalt von 500 Mark salarisiert gewesen, aber Ebert jun. habe sie bald wieder aufgegeben, da sie ihm nicht zusagte.

Und nun sprach Heilmann von seinen eigenen Beziehungen zu Barmat. Er und seine Familie hätten mit den Barmats freundschaftlich verkehrt, und als Dritter im Bunde sei der Polizeipräsident Richter hinzugekommen. Der Verkehr sei durchaus einwandfrei gewesen und man habe über dies und jenes, also auch über Geschäfte, gesprochen. Er habe von Barmat nie etwas anderes erhalten als den Ersatz harter Auslagen, die er hier und da gemacht habe. Dagegen habe der kommunistische Abgeordnete Koenen sich anlässlich einer holländischen Reise von Julius Barmat 8000 Mark gepumpt und später dringend gebeten, daß die Quittung hierüber vernichtet werden möge. Daß er, Heilmann, seinen Freund Barmat an den damaligen preussischen Finanzminister von Richter empfohlen habe, sei nichts Ungewöhnliches. Jeder Abgeordnete gebe Empfehlungen, wobei natürlich Irrtümer passieren könnten, denn man könne doch vorher nicht wissen, wie der Empfohlene sich später verhalten werde. So habe z. B. der Reichsminister Stresemann dem Sprit-Weber ein in ungemein freundlichem Tone gehaltenes Empfehlungsschreiben gegeben, und doch werde es seinem Menschen einsinken, ihm daraus einen Vorwurf zu machen, mit der Begründung etwa, daß Sprit-Weber sich als Schwindler entpuppt habe. Ihn, Heilmann, aber habe man sogar vorgeworfen, daß er sich von Barmat habe zum Essen einladen lassen. Erstens gebe das niemand etwas an, und dann könne man bescheidener als Julius Barmat gelebt, habe als reicher Mann wohl kaum noch leben: dieser „Arbeits“ habe nämlich Tag für Tag zu Mittag nichts weiter gegessen als ein Stück Rindfleisch und einen Sering. Barmat habe übrigens von der Untersuchungshaft aus sein und seiner Frau ganzes Vermögen den Gläubigern übereignet und nichts weiter gewünscht, als daß ihm eine bescheidene Rente zum Leben und für die Verteidigung vorbehalten bleibe.

Nur 30 000 Mark für die Sozialdemokratie.

Im weiteren Verlauf seiner umfangreichen Aussagen machte Abg. Heilmann Angaben über Barmats als Steuerzahler und über Barmats Beziehungen zur Sozialdemokratie. Was die Steuerzahlungen angeht, so habe Barmat auf dem Standpunkt gestanden, daß er seinen Wohnsitz in Amsterdam habe und in Deutschland nicht steuerpflichtig sei. Schließlich sei aber mit dem Finanzamt eine Einigung erzielt worden; das Finanzamt habe aber zur Sicherstellung künftiger Steuerforderungen das gesamte Mobiliar Barmats pfänden lassen. Die finanziellen Beziehungen zwischen Barmat und der Sozialdemokratie schildert der Zeuge als nicht sehr erheblich. Er schätzt die gesamten Aufwendungen, die Barmat in einem Zeitraum von sechs Jahren für die Partei gemacht habe, auf höchstens 30 000 Mark.

Der Barmat-Ausschuss des Reichstages.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages für die Kreditaffären trat am 4. Februar zu einer Sitzung zusammen, verabschiedete sich aber nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte auf den 7. Februar. Die Tagesordnung der neuen Sitzung lautet: Vernehmung höherer Postbeamter in Sachen der Postkredite.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 6. Februar 1925.

□ Kunstfertigkeit im Reiseverkehr. Für die Kunstfertigkeit im Reiseverkehr stehen, wie die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mitteilt, besonders hierfür geschulte Beamte wie Pförtner, Bahnhofsschaffner, Aufsichtszug- und Reisebeamte, außerdem die Fahrkartenausgaben und feste

richtete. Gisela fiel das auf, und ein peinliches Gefühl bemächtigte sich ihrer. Ihr wurde es klar: diese zwanglose Einladung zur Besichtigung der noch gar nicht fertiggestellten Villa hatte einen tieferen Grund. — Kommerzienrat Hofmann wollte Thora Wünsche und Gesinnungen kennen lernen, ehe er die Inneneinrichtung des Neubaus in Angriff nehmen ließ, weil er Thora darin als Herrin zu sehen wünschte! Dieser Gedanke beunruhigte sie, denn der Kommerzienrat war nicht der Mann, den sie sich für ihre stolze schöne Schwester gedachte — trotz seines großen Reichtums.

Mit ihren lässigen, ein wenig müden Bewegungen ging Thora teilnahmslos und gleichgültig durch die Räume und hörte kaum auf die mit heiklem Bemühen hervorgebrachten Erklärungen des Kommerzienrats. Dessen dringlich gestellten Fragen beantwortete sie nur mit kalten Ablehnungen.

Sie brachte ihn damit beinahe zur Verzweiflung. Er mußte sich mehrere Male mit dem weisenden Zeigefinger über das heiße Gesicht fahnen.

Etwas Leben kam endlich in Thora, als er in dem Raum, den er zum Musiksaal bestimmt, die Entwürfe Florstedts erwärmte.

In diesem Augenblick trat der Diener ein und meldete: „Herr Florstedt läßt fragen, wann der Herr Kommerzienrat für ihn zu sprechen ist. Er ist soeben gekommen.“

Hofmann sah, wie Thora die feinen dunklen Brauen zusammenzog. War ihr etwa eine Störung unangenehm?

„Ich bin jetzt verhindert. Wenn Herr Florstedt Zeit hat, mag er etwas warten. Servieren Sie ihm in diesem Falle einen kleinen Imbiß.“

Und der Kommerzienrat kam sich in diesem Augenblick sehr großartig und sehr gutmütig gegen den jungen Künstler vor.

Auf einem großen Arbeitstisch, der am Fenster stand, lagen die Zeichnungen, die der Kommerzienrat jetzt auseinanderrollte und ausbreitete. Thora trat neben ihn, warf aber zunächst einen schnellen, suchenden Blick zum Fenster hinaus, das auf die Terrasse führte, wo sie vorhin gesessen. Und dort ging Florstedt auf und ab. Flüchtig trafen sich beider Blicke. Er wurde ein wenig rot; sie tat, als habe sie ihn gar nicht bemerkt.

Die drei schönen Bernhausens.

Roman von Fr. Lehne.

14) (Nachdruck verboten.)

Zustimmend bewegte der Kommerzienrat das sorgfältig frisierte Haupt, auf dem die dünnen blonden Haarsträhnen peinlich genau geordnet lagen.

„Kommt auch vor, gnädigste Komtesse, gebe ich gern zu. Aber in diesem Falle sicher nicht. Ich habe da eine feine Nase —“ er lachte geräuschvoll auf. „Wenn Komtesse seine Skizzen sehen würden, wie er sich zum Beispiel die künstlerische Ausgestaltung des Musiksaales und der Empfangshalle gedacht hat — fabelhaft! Warum soll ich ihm den Auftrag nicht zuwenden? Ich weiß, er brennt darauf. Er braucht das Geld!“

Kurz und hochmütig lehnte Thora ab. Sie hatte wirklich kein Interesse für die Zeichnungen eines hungerigen Malers!

„Aber, gnädigste Komtesse, mir wäre es tatsächlich eine große Erleichterung gewesen, wenn Sie mir mit Ihrem Geschmack zur Seite stehen würden! Ich möchte, daß mein neues Haus in jeder Hinsicht vollkommen wird, damit sich diejenige, für die ich es bestimmt habe, darin wohlfühlen, nichts vermissen und nichts unangenehm empfinden soll.“

Bei diesen Worten neigte er sich vertraulich gegen sie — mit einem nicht mißzuverstehenden Blick den ihren suchend.

Jeder Zoll an ihr wurde da hochmütige Abwehr. Sie lehnte sich zurück, zürnend flammten ihre Augen über den Zudringlichen hin. „Ich bedaure, Herr Kommerzienrat. Ich kenne den Geschmack der Dame nicht.“ „Dennoch werden Komtesse unfehlbar das Richtige treffen. Ich bitte nochmals darum! Uebrigens hat mir der Herr Graf schon versprochen, in den nächsten Tagen mit Ihnen und Gräfin Gisela meine neue Villa zu besichtigen. Und wenn Sie, Komtesse, mir die Ehre geben und kommen, so machen Sie mich zum Glücklichen der Sterblichen.“

Sie wollte nochmals verneinen. Doch da fiel ihr ein: sie hatte es jetzt in der Hand, den Vermessenen zu strafen, der sich ihr so lähn genähert. Grimm u. Groß

erfüllten sie auf den unverschämten Maler, der sie vor sich selbst lächerlich gemacht hatte.

Nach kurzem Besinnen sagte sie dem Kommerzienrat ihren Besuch zu mit einem Lächeln, das ihm den Sinn verwirrte. So hatte Dora Bernhausen, diese kalte Pracht, noch niemals einen Mann angelächelt.

Schon am nächsten Tage hielt der elegante dunkelblaue Mercedeswagen des Kommerzienrats Hofmann vor der Bernhausenschen Villa, um den Grafen und seine Töchter abzuholen, für die in aufmerksamer Weise Blumen auf den Rücksitz gelegt waren.

Nach kurzer Fahrt war man am Ziel.

Selbst Thora konnte einen Ausruf der Bewunderung nicht unterdrücken, als sie dieses stolzen Neubaus in einem parkähnlichen Garten mit herrlichem altem Baumbestand ansichtig wurde. Das war nicht mehr „Villa“ zu nennen — das verdiente vielmehr die stolze Bezeichnung „Schloß“.

An der kunstvoll geschmiedeten Einfahrtspforte erwartete der Kommerzienrat die Ankömmlinge. Er küßte den Damen die Hand und führte sie gleich nach der Seitenfront des Gebäudes, an der sich eine Terrasse hinzog. Dort herrte ein ausgewählter Imbiß der Gäste. Verlockend dufteten in kostbarer Kristallgeschale rote Erdbeeren in Schlagsahne; ausgesuchtes Gebäck wurde dazu gereicht, und der sorgfältig geschulte Diener goß herrlichen alten Rheinwein und süßen schweren Süßwein in die geschliffenen Gläser.

Thora nippte kaum an ihrem Glase. Sie war voller Unruhe, sah nicht das hübsche Bild des Gartens im zarten, grünen Blätterkleid, den malenblauen Himmel, den warmen goldenen Sonnenschein, der auf dem gepflegten Rasen mit den farbenfreudigen Blumenbeeten lag.

Es drängte sie, die Zeichnungen Florstedts zu sehen und ihr Urteil auszusprechen, das jetzt schon bei ihr feststand.

Der Rundgang im Hause begann in der großen Halle, deren Wände und Säulen aus hellem Marmor bestanden, ebenso auch die Treppen, die in die oberen Stockwerke führten.

Deutlich war es zu bemerken, daß der Kommerzienrat seine Erklärungen und Fragen lediglich an Thora

Kleine Nachrichten.

Sein Beamtentabernakel Horion in Preußen.

Berlin, 4. Februar. Der als preussischer Ministerpräsidentenandidat des Zentrums mehrfach genannte rheinische Landeshauptmann Horion weilt zurzeit in Berlin. Bei den Besprechungen zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei ist inzwischen die Möglichkeit der Bildung eines reinen Beamtentabernakels durch Horion erwogen worden. Diese Idee ist im Zentrum in Anwesenheit von Horion heute ausführlich besprochen worden. Sowohl die Zentrumsfraktion als auch Horion persönlich haben der Anschauung Ausdruck gegeben, daß ein Beamtentabernakel nach dem Wunsch der Deutschen Volkspartei nicht gebildet werden könne. Horion stellte ausdrücklich fest, daß er sich einer derartigen Kombination verweigern müsse.

Zusammenstöße im Barmat-Ausschuß.

Berlin, 4. Februar. Im Untersuchungsausschuß des Landtages kam es bei der Vernehmung des Kriminalkommissars Klinkhammer, der seinerzeit in den Geschäftsräumen Barmats Hausdurchsuchung gehalten hatte, zu scharfen Zusammenstößen zwischen dem Zungen und den sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann und Kutner. Klinkhammer behauptete, daß Heilmann damals die Hausdurchsuchung zu verhindern gesucht habe, worauf Heilmann ihm vorwarf, daß er Briefe, die zwischen ihm (Heilmann) und Barmat gewechselt worden seien, widerrechtlich der Presse zugesandt und auch im Beamtentabernakel des Polizeipräsidiums vorgelesen habe. Klinkhammer weigerte sich schließlich, den Namen des Beamten, der ihm Material über Barmat zur Verfügung gestellt hatte, zu nennen.

Französische Beschlagnahme der Reichsbannerzeitung.

Berlin, 4. Februar. Die Nummer drei der Illustrierten Reichsbannerzeitung ist im französisch besetzten Gebiet wegen einer Karikatur „Das Kölner Unrecht“ beschlagnahmt worden. Bei den führenden Kameraden des Reichsbanners im französisch besetzten Gebiet fanden Hausdurchsuchungen statt und die Nummer drei wurde für das besetzte französische Gebiet verboten. Bei der Beschlagnahme der Nummer drei wurden auch noch andere Nummern beschlagnahmt, die zu Propagandazwecken im besetzten Gebiet verteilt werden sollten.

Der Hamburger Kommunistenprozeß.

Hamburg, 4. Februar. Zu Beginn des ersten Verhandlungstages stellt Koggen weitere Beweisangebote. Dadurch werden die Dispositionen des Gerichtes ein wenig geändert und es ist anzunehmen, daß erst am kommenden Montag mit den Schlussvorträgen begonnen wird.

Evangelischer Kirchengefangtag in Weimar.

Weimar, 4. Februar. Der deutsche evangelische Kirchengefangtag wird am 2. und 4. Mai in Weimar stattfinden. Als Abschluß ist ein Kirchenkonzert in Sena in Aussicht genommen.

Landtagsabgeordneter Regenborn gestorben.

Piegnitz, 4. Februar. Heute vormittag ist der Preussische Landtagsabgeordnete, Regierungsdirektor Regenborn im Alter von 72 Jahren gestorben.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Aburteilung eines Raubmörders. Der Ende November 1923 im Bureauhaus Continental in Hannover ausgeführte Raubmord, dem der Proturist der Firma Ragenstein und Blant, Joseph Strauß, zum Opfer fiel, fand jetzt seine Sühne. Strauß war mit schweren Verletzungen tot aufgefunden worden. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf den Drogisten Wilhelm Bähre, genannt Wulfo, und den 1900 geborenen Hauptmann Wilhelm Gräß. Während Bähre ins Ausland entkam, wurde Gräß nach kurzer Zeit in Köln verhaftet. Er wurde wegen schweren Raubes mit Todeserfolg zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

§ Ein Hochverratsprozeß. Das Reichsgericht verurteilte den Handlungsgehilfen Stellfel aus Halle, bei dem man im August 1924 539 Patronen, eine Pistole, Gewehre und Maschinengewehrteile, außerdem zahlreiches kommunistisches Propagandamaterial gefunden hatte, wegen Hochverrats und Vorgehens gegen das Republikanisches Gesetz zu zwei Jahren Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe.

Börse und Handel.

* Berliner Börsenbericht vom 4. Februar. Die Ausspannung am Geldmarkt ist immer noch nicht überwunden, Tagesgeld stellte sich auf 10-13 %, für Monatsgeld wurde der gleiche Satz genannt. Gleichwohl zeigte die Börse heute ein freundlicheres Gesicht, offenbar hatten ein paar eben bekannt gewordene günstige Aktienzusammenlegungen die Stimmung allgemein günstig beeinflusst. Die Spekulation schritt vielfach zu Rückkäufen und im Kursniveau konnte fast auf allen Märkten eine leichte Erholung eintreten. Auch am Markt der inländischen Renten waren Kursgewinne zu verzeichnen, die sich allerdings in mäßigen Grenzen hielten. Maßgebende Kreise glauben, daß man die schwierige Lage am Geldmarkt trotz der augenblicklich noch hohen Zinssätze als überwunden bezeichnen kann, man rechnet demgemäß mit einem Abwärtswenden der freundlichen Börsenstimmung.

* Die Berliner Devisenbörse vom 4. Februar nennt amtlich: Dollar 4,19-4,21; engl. Pfund 20,09-20,14; holl. Gulden 169,04-169,46; Danz. 79,70-79,90; franz. Frank 22,70-22,76; belg. 21,68-21,74; Schweiz. 80,97 bis 81,17; Italien 17,43-17,47; schwed. Krone 113,02 bis 113,30; dän. 74,93-75,11; norweg. 64,19-64,35; tschech. 12,37-12,41.

* Amtlicher Schlachtviehmarkt. Berlin, 4. Februar. Auftrieb: Rinder 1763, darunter Bullen 438, Ochsen 534, Kühe und Färken 793, Kälber 2287, Schafe 3500, Schweine 10408, Ziegen 7, Schweine aus dem Ausland 863. Preise: Ochsen a) 49-52, b) 42-46, c) 36-40, d) bis 32; Bullen a) 44 bis 45, b) 39-42, c) bis 37; Kühe und Färken a) 46-50, b) 38 bis 42, c) 30-35, d) 24-27, e) 20-22; Ferkel 31-37; Kälber a) —, b) 73-82, c) 60-70, d) 48-55, e) 38-45; Stallmafschafe a) 42-47, b) 32-38, c) bis 30; Schweine a) 67, b) 65 bis 66, c) 63-65, d) 60-62, e) 58-60, f) bis 57; Säue 58-62; Ziegen 20-25. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig, fette Lämmer gesucht. (Vom 3. bis 5. Mai Mastviehaussstellung.)

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogr., sonst je 100 Kilogr.

	4. 2.	3. 2.	4. 2.	3. 2.
Weiz., märk.	248-252	256-262	Weizfl. f. Brl.	16,8
pommerscher	—	—	Hogfl. f. Brl.	16,8
Hogg., märk.	247-250	245-250	Raps	400
pommerscher	—	—	Reinsaat	410-415
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbs.	29-35
Futtergerste	220-240	215-235	fl. Speiserbs.	21-23
Braugerste	255-275	255-275	Futtererbsen	20-22
Hafer, märk.	187-195	187-195	Beluschten	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	20-22
westpreuß.	—	—	Widen	18,5-20
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	13-14
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	16-16,2
Wln. br. inf.	—	—	Gerstella	17-18,5
Sad (feinst.)	—	—	Rapsstuden	19,2-19,5
Wrt. u. Not.	35,5-37,2	36-37,7	Leinfuchsen	25,5-26
Roggenmehl	—	—	erdenschl.	9,8-10
p. 100 Kil. fr.	—	—	ov. Zuchsch.	19-20
Berlin br.	—	—	Torfml. 30/70	9,8
inf., Sad	34,7-36,7	35,2-37,2	Kartoffelsf.	20,8-21,2

Schriftleitung Wth. Bell jr., Halver. i. Westf.

Stadtbekannt!

sind die
Leistungen unserer
Weissen Woche.
Was wir dieses Mal während derselben bieten werden, stellt alles bisher dagewesene in den Schatten. Warten Sie mit Ihren Einkäufen u. beachten Sie unsere Inserate.

Gebrüder Alsberg, Hagen i. W.

Danksagung

Für die vielen Beweise der Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben, herzensguten Mutter und Schwiegermutter, der

Ww. Theodor Eversberg

sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 18. Februar 1925, vormittags 10 Uhr an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 69, versteigert werden: das im Grundbuche von Lüdenscheid, Band 8, Artikel 42, eingetragener Eigentümer am 9. Dezember 1924, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Kohlenlager Emil Merz in Winkhausen eingetragene Grundstück Gemarkung Lüdenscheid-Land, Kartenblatt 49, Parzelle 302/7, Hofraum mit Wohnhaus, Winkhausen 43, 11/12 Nr. groß, Reinertrag, Grundsteuerumterrolle Art 880, Nutzwert 1345 Mark, Gebäudesteuerrolle 598.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Lüdenscheid, den 15. Dezember 1924.

Das Amtsgericht.



Landwehrverein Halver

bringt in Verbindung mit dem

Dilettantenverein „Hohenzollern“

im Saale der Karlshöhe

das vaterländ.-historische Schauspiel

Kolberg
von Paul Heyse zur Aufführung.

Samstag, d. 7. Febr.

abends 8 Uhr:

Aufführung für Mitglieder des Landwehrvereins, des Dilettantenvereins, des Jungdeutschen Ordens und des Stahlhelms, Halver.

Sonntag, d. 8. Febr.

nachmittags 4 Uhr:

Aufführung für auswärtige Vereine.

Sonntag, d. 8. Febr.

abends 8 Uhr:

— **Hauptaufführung.** —

Eintrittspreis:

für sämtliche Aufführungen 1.— Mk.

Saalloffnung

1/2 Stunde vor jeder Aufführung.

Es laden freundlichst ein

die Vorstände.

Geben

Herde u. Oefen

ab Lager Kierspe zu Fabrikpreisen ab.

Otto Haase & Co.

Kierspe, Telef. 181
Amt Meinerzhagen.



Vereinfachtes
Kassa-Buch.

für
Einkommen- u. Umsatzsteuer-
Berechnungen

mit Mustern und Beispielen zur Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens, Umsatzes und Vermögens in leicht verständlicher Ausführung für Kleinwerbetreibenden, Handwerker und Landwirte!

empfiehlt

Wth. Bell jr., Halver.

Für sofort oder in 14

Tagen können einige

Arbeiter

gegen guten Lohn und dauernder Beschäftigung eingestellt werden

Wth. Gammann,
Feilen- u. Werkzeugfabrik
Halver.

Bestellungen auf

Runkeln

Stroh u.

Düngerkalk.

nimmt entgegen

Franz Beul,
Hohenbüchen
Post Kreuzberg.

„Zimmer“

für Bürozwede

gegen hohe Miete für

sofort in Halver

zu mieten gesucht.

Angebote unter X 275

an die Geschf. des Wg.

Anzeigers, Halver.

Für Lager und Fabrik

suchen wir sofort oder zu

Ostern

jugdl. Arbeiter

gegen höchste Löhne

Th. Euneper Söhne

Halver.

Mehrere

Arbeiter

und

Arbeiterinnen

per sofort gesucht.

Wth. Lüjebrock,

Halver.

Am Samstag morgen

den 7. d. M. erhalte ich

eine Anweisung

Rühe

Hugo Kerspe, Halver

Fernsprecher 52.

Zu dem am
Sonntag, d. 8. d. M.
ab 6 Uhr im Lokale
der Ww. Wigger zu
Egen stattfindenden

Schluß-Ball

ladet höfl. ein

Fr. Kattwinkel
